

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 77 (1997)
Heft: 11

Artikel: Freiheit für die Arbeit
Autor: Baader, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Roland Baader,

Diplom-Volkswirt, Jahrgang 1940, studierte Nationalökonomie und Soziologie an den Universitäten Freiburg i. Br. und München. Von 1968 bis 1985 Industriemanager und Unternehmensleiter. Ab 1987 freier Autor.

Publikationen: «Kreide für den Wolf» und «Die Euro-Katastrophe» (als Herausgeber), «Die Enkel des Perikles» und «Wider die Wohlfahrtsdiktatur» sowie «Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaates», alle im Resch Verlag, Gräfelfing.

FREIHEIT FÜR DIE ARBEIT

Wer über den Faktor «Arbeit» bestimmt, hat auch die Herrschaft über die Menschen, über weite Bereiche ihres Lebens und ihres Eigentums. Um so schlimmer, dass der demokratische – angeblich freie – Staat über beides das Regiment führt: über das Geld und über die Arbeit.

Für die Mehrheit der Menschen ist Arbeit die einzige Zerstreuung, die sie auf Dauer aushalten können.

DENNIS GABOR

Prinzipiell gibt es zwei Methoden der Herrschaft: Entweder man muss die Menschen selbst besitzen – also Sklaverei betreiben – oder über ihr ökonomisches Handeln verfügen. Im Feudalismus diente dem Herrschaftszweck das Eigentum am Boden in der Hand des Regenten und des Adels sowie (in Teilen) auch das Eigentum an den Untertanen, wenngleich meist in subtileren Formen als der totalen Sklaverei. Im Sozialismus/Kommunismus war oder ist es das Eigentum an Boden und Kapital in der Hand der Nomenklatura (Volks- oder Gemeineigentum genannt), das besagten Zweck erfüllt.

In der modernen arbeitsteiligen Grossgesellschaft bedarf es zur politischen Machtausübung nicht mehr unbedingt des obrigkeitlichen Eigentums an den Produktionsfaktoren Boden und Kapital. Der Nationalsozialismus hat uns gelehrt, dass Herrschaft auch ohne Enteignung von Kapital und Boden total sein kann, wenn die Machtelite nur über die ökonomischen Handlungen und Entscheidungen der Untertanen – insbesondere über ihre Arbeitsleistung – verfügt, also wiederum subtilere Formen der Sklaverei ausübt. In der demokratischen – also angeblich freien – Gesellschaft der neuesten Zeit schliesslich, ist politische Herrschaft über die Menschen wiederum nur dann möglich, wenn die politische Kaste in relativ grossem Umfang in die ökonomischen Handlungen eingreifen und die entsprechenden Entscheidungen bestimmen oder lenken kann. In Abwesenheit des militärischen oder despotischen Befehls muss die Sklaverei hier *noch* verdecktere und raffinierter getarnte Formen annehmen.

Das «Soziale» als Vorwand

Zur Begründung des dirigierenden und befehlenden Eingreifens der Obrigkeit in das Handeln der Menschen wählte der Nationalsozialismus militärische, nationalistische, rassistische Argumente. Diese stehen dem demokratischen Staat (derzeit jedenfalls) nicht zur Verfügung. Also bedarf die politische Machtausübung über die demokratische Gesellschaft einer anderen Legitimation – oder besser gesagt: eines anderen vorgeschobenen Arguments. Und dieses Argument ist das sogenannte «Soziale».

Wäre das «Soziale» aber auf das Karitative beschränkt, auf die – kollektiv einzulösende – Verpflichtung zur Hilfe für die Schwachen und Bedürftigen, so wäre das als Begründung für eine obrigkeitliche Verfügung über weite Lebensbereiche der Menschen (sprich: als Begründung für Herrschaft) nicht hinreichend. Niemals würden siebenundneunzig Prozent der Bevölkerung akzeptieren, dass über ihr Leben in erheblichem Umfang hoheitlich bestimmt werden soll, nur damit den restlichen drei Prozent geholfen werden könne. Es bedarf hier also anderer Proportionen. Perfekt wäre die legitimierende oder scheinlegitimierende Argumentation – und damit auch die Möglichkeit zur Ausübung herrschaftlicher Gewalt –, wenn die Sozialpolitiker einen Weg fänden, das umgekehrte Grössenverhältnis präsentieren zu können, wenn es ihr also gelingen würde, glaubhaft zu machen, dass siebenundneunzig Prozent der Bevölkerung hilfs- und unterstützungsbedürftig seien.

.....

*Um sieben-
undneunzig
Prozent vor der
angeblichen
Ausbeutung durch
die restlichen
drei Prozent zu
schützen, müssen
alle Arbeitnehmer
in die Obhut der
Staatsgewalt
gegeben werden.*

.....

Genau das aber ist den Funktionären des Sozialstaates gelungen. Und zwar durch den einfachen Trick, kurzerhand alle *Arbeitnehmer* – und damit nahezu die gesamte Bevölkerung – zu einer schwerstbedrohten Gruppe zu erklären. Um diese siebenundneunzig Prozent vor der angeblichen Ausbeutung durch die restlichen drei Prozent zu schützen (die in etwa mit der Unternehmerschaft identisch sind), müssen alle Arbeitnehmer – also «die Arbeit» ganz generell – in die Obhut der Staatsgewalt gegeben werden.

Weil nun aber die Arbeit sprichwörtlich fast das ganze Leben ist, wird mit diesem Winkelzug zugleich auch das ganze Leben der Bürger den Interventionen des Staates ausgesetzt.

Der Sozialstaat wiederholt hierbei freilich nicht den ideologischen Kardinalfehler des real existierenden Sozialismus. Dem war nämlich – durch Entmachtung bzw. physische Vernichtung (im jeweiligen Binnenland jedenfalls) – der Klassenfeind abhanden gekommen, dem man den ökonomischen Niedergang hätte anlasten können. Statt die Kapitalisten verschwinden zu lassen und statt der Aneignung ihrer Produktionsmittel baut der demokratische Sozialstaat auf die «Soziale Marktwirtschaft». Hier braucht man sich unter dem Deckmantel des «Sozialen» nur die Verfügungsmacht über den Produktionsfaktor «Arbeit» zu verschaffen, um beides zugleich haben zu können: Die Herrschaft über die Menschen *und* allgegenwärtige Prügelknaben für das Versagen der Politik. Die Prügelknaben heissen, je nach Bedarf, einmal «Markt» oder «zügellose Marktwirtschaft», einmal «Kapitalismus» oder «Kapitalismus pur», «Unternehmer» oder «Skrupellose Profitgier der Konzerne».

Verfehlte staatliche Arbeitsplatzgarantie

Einem sozioökonomischen System, das die Arbeit enteignet und kollektiviert, entspricht logisch konsequent ein simultan verkehrtes Verständnis dessen, was man «Recht auf Arbeit» nennt. Folgerichtig gestaltet sich das Phänomen «Arbeit» nunmehr als Anspruch eines jeden Erwachsenen an denjenigen, der über die Arbeit verfügt, nämlich an den Staat. Man wird in den «Sozialen Marktwirtschaften» nicht

ruhen, bevor nicht diese Form des «Rechts auf Arbeit» in den jeweiligen Verfassungen verankert sein wird – und sei es (vorläufig) nur als sogenanntes «Staatsziel». (Man erinnert sich an dieser Stelle an die *Hayeksche* Warnung, dass eine Gesellschaft unweigerlich fundamentalistisch und totalitär werden muss, wenn sie sich oder wenn man ihr ein anderes – hohes oder höchstes – Ziel setzt als allein die Freiheit.)

Auch die unausweichlichen Folgen einer staatlichen Arbeitsplatzgarantie, die am Beispiel der vormaligen DDR abzulesen waren, schrecken hierbei offensichtlich nicht. Das dort faktisch angewandte Modell «Arbeit für jeden» hatte notwendigerweise folgende Konsequenzen: den Staat als letztlich einzigen monopolistischen Arbeitgeber, Arbeitspflicht, Arbeitsleerlauf und vielfach sinnlose Tätigkeiten, Hungerlöhne, Einschränkung der Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Proletarisierung des ganzen Lebens, Politisierung des beruflichen Fortkommens, Zwang zur Systemunterwürfigkeit, Parteibuchabhängigkeit der Bildungschancen und faktischer Arbeitszwang für alle Frauen – kurz: Arbeit um jeden Preis, auch um den Preis unermesslicher Umweltzerstörung, Zerfall der Institution Familie und letztlich Verarmung und Bankrott des Staates und der gesamten Bevölkerung.

Das Tarifikartell, das den deutschen Arbeitsmarkt heute bestimmt, ist im wesentlichen ein Kind des Ersten Weltkriegs und der nachfolgenden revolutionsartigen Umwälzungen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände waren sich einig in der Übernahme bestimmter Aufgaben der vorübergehend ausgefallenen Staatsgewalt. Entscheidend war die Tarifvertragsordnung vom Dezember 1918. Von diesem Zeitpunkt an waren Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände keine privaten Vereinigungen mehr, sondern Quasilegislativen, deren Abmachungen unabdingbar wurden und hoheitlichen Zwangscharakter annahmen.

Unfähigkeit des Staates, Arbeit zu schaffen

Weil der Markt – trotz aller politischen Verschleierungsversuche – die Menschen schon oft und immer wieder gelehrt hat, dass weder Staat noch Gewerkschaften dauerhaft Beschäftigung und (höhere)

Löhne schaffen oder sichern können, sieht sich das Machtmonopol aus Parteien und Syndikaten gezwungen, noch nach anderen, an der Realität weniger leicht falsifizierbaren Scheinlegitimierungen für seine Existenz Ausschau zu halten. Das beliebteste Argument ist, dass die Arbeit eine «ganz besondere Ware» sei, die weder einen Marktpreis haben könne noch den «kalten und seelenlosen Marktkräften» überlassen werden dürfe. Es möge ja sein, dass der Markt Arbeit für alle bieten könnte, aber eben nur zu den menschenverachtenden Bedingungen und zu den ausbeuterischen Preisen, die von den Profit-Kapitalisten festgesetzt würden. Deshalb bedürfe es der gemeinsamen Lenker- und Wächterfunktion des Staates und der Gewerkschaften; denn nur sie könnten, ausgestattet mit politischer Macht als Waffe gegen die ökonomische Macht der Kapitalisten, dafür sorgen, dass die Arbeit der Lohnabhängigen unter menschenwürdigen Bedingungen und zu anständigen Entgelten stattfinde.

In Wirklichkeit wird der Faktor «Arbeit» durch solche (ihn angeblich schützende) Macht nur machtloser, ja sogar nahezu ohnmächtig. Für die Arbeitnehmer ist es von grösster Bedeutung, Alternativen zu haben, also in andere Betriebe ausweichen zu können, wenn ihnen der jeweils angebotene Lohn oder die offerierten Arbeitsbedingungen nicht zusagen. Das stärkt – wie die Erfahrungen in den USA gezeigt haben – auch ihre Verhandlungsposition gegenüber den Arbeitgebern. Diese Ausweichmöglichkeiten sind allerdings um so geringer, je mehr Arbeitslosigkeit herrscht. Die von den Gewerkschaften im Namen der Arbeitnehmerinteressen erzeugte Arbeitslosigkeit trifft nicht nur die aus dem Arbeitsmarkt Hinausgedrängten, sondern bedeutet für Arbeitsuchende und Beschäftigte gleichermaßen Optionsverlust und verstärktes Ausgeliefertsein an die (im Verlauf der zunehmenden Arbeitslosigkeit notwendigerweise) immer weniger werdenden Beschäftigungsangebote der Unternehmen.

Wer die moralische Dimension sowie Aspekte der Menschenwürde in die beschäftigungspolitische Diskussion einführt, muss sich auch der umgekehrten Argumentation stellen: Diese Würde kann man nämlich kaum schwerwiegender ver-

letzen, als die Menschen kostbare Jahre ihrer Lebenszeit in Beschäftigungsgesellschaften zubringen zu lassen, wo sie sinnlose Tätigkeiten verrichten, die niemand zu ihrem wahren Preis nachfragen würde, wie etwa die Bergleute, die einer schweren und gefährlichen Arbeit auf Kosten der Steuerzahler nachgehen, um Kohle zu fördern, für die keine echte Nachfrage besteht.

Blockierte produktive Erneuerung

Je länger der Prozess der permanenten und letztlich unvermeidlichen «schöpferischen Zerstörung» (Joseph Schumpeter) einerseits und der innovativen und produktiven Erneuerung des physischen und des immateriellen (also Human-)Kapitals andererseits hinausgeschoben und hinter den Barrieren falscher Schutzvorstellungen verhindert wird, desto weniger revidierbar werden die Zerfallserscheinungen. Irgendwann gibt es zur totalen Sklerose und zur vollständigen Wertlosigkeit – auch des Humankapitals – keine Alternative mehr. Wenigstens das sollten wir aus der tragischen Fehlentwicklung des vormaligen Ostblocks gelernt haben. (Die Sowjetunion mit ihren Millionenheeren von geschulten Technikern, Ingenieuren, Wissenschaftlern und «Helden der Arbeit» aller Art hatte gewiss ein gewaltiges Humankapital aufgebaut. Aber es wurde zunehmend wertlos und ist heute fast gänzlich unbrauchbar, weil es nicht auf offenen wettbewerblichen Märkten den formenden und zur ständigen Renovierung zwingenden Kräften der Konsumentenwünsche im In- und Ausland ausgesetzt war).

Irgendwann
gibt es zur
totalen Sklerose
und zur
vollständigen
Wertlosigkeit –
auch des
Humankapitals –
keine Alternative
mehr.

Umstrittene Sanierung
der Arbeitslosenversicherung.
Quelle: Weltwoche



Um die Leistung aus einer einzigen fremden Arbeitsstunde kaufen zu können, müssen die deutschen Arbeitnehmer im Durchschnitt das Nettoentgelt für drei oder mehr (wohlgemerkt gleichwertige!) eigene Arbeitsstunden aufwenden.

Das bedeutet, dass die Arbeitsteilung sinnlos wird. Der gigantische Boom des *Do it yourself* und der grauen und schwarzen Handwerkerdienste belegt das ebenso deutlich wie der jedem Bürger bekannte Riesenbedarf an Diensten – vor allem im häuslichen Bereich –, der (wegen der Unverhältnismässigkeit der Kosten in Relation zum eigenen Einkommen) ungedeckte bleiben muss. Die Menschen ersticken zwar in technischen Geräten und Apparaturen aus der kapitalintensiven Massenproduktion, verarmen aber gleichzeitig an den notwendigen und im Verlauf des Überalterungsprozesses der Bevölke-

Schrumpfender Nettolohn

Auf 100 DM Direktentgelt kommen in der Bundesrepublik Deutschland nach Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft:

DM 26.60	Sozialversicherungsbeitrag des Arbeitgebers,
DM 5.10	Engeltfortzahlung im Krankheitsfall,
DM 4.10	Bezahlte Feiertage und sonstige Ausfallzeiten,
DM 0.40	Sonstige gesetzliche Kosten (wie z. B. Mutterschutz),
DM 19.20	Urlaub und Urlaubsgeld,
DM 8.50	Sonderzahlungen (wie Gratifikationen und 13. Monatsgehalt),
DM 7.10	Betriebliche Altersversorgung,
DM 1.20	Vermögensbildung, und
DM 7.90	Sonstige Kosten (wie Familienbeihilfe und Abfindungen).

Das waren zusammen 80 Mark und 10 Pfennige, was bedeutet, dass ein Direktentgelt von 100 DM den Arbeitgeber tatsächlich 181 DM kostet. Hinzu kommt etwas, das in der öffentlichen und in der fachlichen Diskussion viel zu wenig Beachtung findet. Vom besagten Direktentgelt in Höhe von 100 DM muss der *Arbeitnehmer* nämlich noch seine Lohn- oder Einkommenssteuer und *seinen* Anteil an den Sozialversicherungen zahlen. Die 100 Mark schrumpfen somit auf rund 60 DM zusammen. Das aber heisst, dass von den im Beispiel genannten Arbeitskosten in Höhe von 180 DM, die dem Arbeitnehmer eigentlich in voller Höhe für seine Arbeitsleistung zustehen würden (und die er dem Unternehmer auch wert ist, sonst würde jener die faktischen Gesamtkosten nicht aufwenden), letztlich nur 60 DM übrig bleiben. Das Verhältnis von Bruttoarbeitskosten und Nettolohn liegt also bei mindestens drei zu eins.

Die Menschen
ersticken zwar in
technischen
Geräten und
Apparaturen,
verarmen aber
gleichzeitig
an den immer
dringlicher
benötigten
Dienstleistungen.

Produktive Stunden in der Schweiz bis 50 Prozent günstiger.

Die Industriefirma Stihl hat ihre aktuellen Lohnkosten des Werkes Schweiz (Wil) und Deutschland (Waiblingen) verglichen.

	Deutschland	Schweiz
Anzahl jährlicher Arbeitstage	262	262
Bezahlte Abwesenheitstage		
Feiertage	11	8
Ferien	30	20
Krankheit	15	8
Ausfalltage insgesamt	56	36
Jährlich geleistete Arbeitstage	206	226
Tägliche Arbeitszeit in Std.	7,00	8,50
abzüglich Erholzeiten	0,58	–
Effektive Arbeitszeit	6,42	8,50
Produktive Stunden im Jahr	1322	1921

Ein wesentlicher Standortvorteil in der Schweiz ist die effektiv geleistete Arbeit in Tagen und Stunden. Deutschland leistet sich mehr Freizeit, eine Folge der starken Stellung der Gewerkschaften. Sechs Wochen Ferien im Jahr gegenüber nur vier in der Schweiz sind beim Nachbarn üblich. Doch nicht genug: Während hierzulande noch die 42-Stunden-Woche die Regel ist, arbeiten die Deutschen weniger als 40 Stunden.

Stundenlohn (in D-Mark)	24,79	22,68
Lohnzusatzkosten (in D-Mark)	26,43	11,26
Total in D-Mark	51,22	33,94

Quelle: Wirtschaftsförderung der Stadt Kreuzlingen

rung immer dringlicher benötigten Dienstleistungen, und das alles als Folge einer Politik, die im Namen des «Sozialen» und des «Moralischen» stattfindet.

In Wirklichkeit ist das nicht nur der Weg in die Armut, sondern zugleich auch der Weg in die Entzivilisierung, in Niedergang und Barbarei, weil am Ende des Weges die Massenverelendung stehen wird. Auch deshalb müssen an die Stelle der seit Jahrzehnten vollständig wirkungslos gebliebenen konzilianten Minimalforderungen zur Redimensionierung des Maximalstaates endlich die radikalliberalen Maximalforderungen für eine Rückkehr zum Minimalstaat treten. Die Bürger müssen endlich wieder frei werden vom Entmündigungsstaat und seinen anmassenden Funktionären. Freiheit der Menschen aber bedeutet auch – und vor allem – Freiheit für ihre Arbeit. «*Des Menschen grösste Ressource*», hat Margaret Thatcher einmal gesagt, «*ist er selber, aber er muss frei sein, um diese Ressource nutzen zu können.*» ♦